Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 7-8

Artikel: Politischer Konflikt und Marktgemeinschaft
Autor: Buchanan, Jams M.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166116

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

James M. Buchanan *ist Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften und lehrt an der George Mason University in Fairfax, Virginia, USA.*

Politischer Konflikt und Marktgemeinschaft

Wir können zumindest einige der Gründe dafür nennen, warum der in der Marktkultur verkörperte Gemeinschaftssinn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgenommen zu haben scheint und das nicht nur aufgrund seiner mangelnden Erwähnung in den Schriften moderner Klassisch-Liberaler wie *Hayek*. Ich vermute, dass das zentrale Merkmal der Wirtschaftsentwicklung in dieser Periode, nämlich die Zunahme des Anteils des öffentlichen oder kollektiven Sektors, direkt dazu beigetragen hat, dass im Umgang der Menschen untereinander der Respekt für die Regeln der Reziprozität untergraben wurde.

Modellhaft kann der kollektive oder politische Sektor als ein komplexer Austauschprozess behandelt werden. So geht es in der vertragstheoretischen Tradition der politischen Philosophie um Bemühungen, Politik mit Hilfe von Austauschmodellen zu analysieren. Personen kommen überein, eine kollektive Einrichtung, den Staat, als ein institutionelles Mittel der Bereitstellung von Gütern und Leistungen zu organisieren, die von Privaten nicht ohne weiteres produziert werden, einschliesslich der Rechtsstruktur, die ihrerseits Personen, Eigentum und Verträge schützt. Sobald diese kollektive Einrichtung tätig wird, können Personen so modelliert werden, als ob sie Steuerzahlungen gegen öffentlich bereitgestellte Güter und Leistungen tauschen, die privat bewerteten Nutzen stiften.

Ich vermute, dass das zentrale Merkmal der Wirtschaftsentwicklung in dieser Periode, nämlich die Zunahme des Anteils des öffentlichen oder kollektiven Sektors, direkt dazu beigetragen hat, dass im Umgang der Menschen untereinander der Respekt für die Regeln der Reziprozität untergraben wurde.

In dem Masse, in dem sich die in vielfältiger Weise am politischen Prozess im weitesten Sinn beteiligten Personen als Mitwirkende in einem komplexen Tauschzusammenhang betrachten, weitet sich die durch die Regeln des wechselseitigen Respekts beschriebene kulturelle Gemeinschaft über die Märkte hinaus aus und schliesst den kollektiven Sektor mit ein. Tatsächlich verschwindet in einer solchen Modellvorstellung jede kategoriale Unterscheidung zwischen Markt und Politik. Über die Jahrhunderte hinweg haben indessen Gegner der vertragstheoretischen Konstruktionen argumentiert, dass Politik nicht so zu erklären ist und auch nicht so modelliert werden sollte, als ob es bei ihr im Kern um einen komplexen Austausch unter Teilnehmern eines gemeinsamen Unternehmens gehe.

Aus der Erkenntnis, dass Mitgliedschaft im ausgedehnten Marktzusammenhang Sehnsüchte nach Gemeinschaft stillen könnte, ergeben sich Implikationen für die Politik. Diese Implikationen betreffen planvolle Massnahmen, welche die wechselseitige Identifikation von Personen zumindest etwas erleichtern können: Anpassung an ein gleichförmiges Bündel von kulturellen Normen und Praktiken (einschliesslich der Sprache) erleichtert das zwischenmenschliche Verständnis, während kulturelle Vielfalt wechselseitiges Verstehen erschwert. Diese generelle Schlussfolgerung ist unanfechtbar, doch lässt sich nicht daraus folgern, dass eine bestimmte kulturelle Umwelt anderen gegenüber als überlegen hingestellt wird. Es ist der *Multi*kulturalismus, der zerstörend wirkt, nicht die vermeintliche Überlegenheit irgendeiner spezifisch definierten Teilkultur in einer beobachteten Vielfalt.

«Der Markt» ist nicht eine automatisch universalisierbare gewachsene Kultur, die sofort ihre Wunder wirken kann, wenn nur die erforderliche Gesetzesordnung geschaffen wird. Der Markt ist als eine Kultur der Reziprozität ein «öffentliches Gut», vorteilhaft für alle, die teilnehmen, und er sollte als solches gewürdigt werden. Verstösse gegen die grundlegende Ethik sind «öffentliche Übel», die für alle Beteiligten gleichermassen zerstörerisch sind. Die im Markt allgegenwärtige Exit-Option reduziert Abhängigkeit von ethischen Normen auf ein Niveau, das deutlich unter dem bleibt, was in nicht-marktlichen Interak-

tionen für eine auch nur erträgliche Effizienz erforderlich ist. Sowohl Verfechter als auch Gegner der offenen marktwirtschaftlichen Ordnung machen aber einen entscheidenden Fehler, falls sie glauben, die Notwendigkeit von Verhaltensstandards sei aufgehoben. In dem Ausmass, in dem die Unentbehrlichkeit eines gemeinsamen Normenbündels anerkannt ist, muss die – ob bewusste oder unbewusste – Befolgung dieser Reziprozitätsnormen selbst Quelle und Sinn für echte Gemeinschaft liefern.

Anpassung an ein gleichförmiges Bündel von kulturellen Normen und Praktiken (einschliesslich der Sprache) erleichtert das zwischenmenschliche Verständnis, während kulturelle Vielfalt wechselseitiges Verstehen erschwert.

Ist die offene Ordnung, welche die Hayeksche Grossgesellschaft beschreibt, möglich? Können Teilnehmer an einer solchen Ordnung, indem sie Regeln befolgen, die das Zusammenleben bei gleichzeitiger Verfolgung getrennter Interessen gestatten, ein ausreichendes Gefühl der «Zugehörigkeit» entwickeln? Es stimmt, dass die verallgemeinerte und offene Ordnung des Marktes in zahlreichen Verhaltensdimensionen die Anforderungen an Gemeinsamkeit miniemiert. Nichtsdestotrotz ist ein gewisses Mass an Gemeinsamkeit erforderlich. *John Rawls* (1993) hat die Notwendigkeit eines Minimalkonsenses in einer freiheitlichen Ordnung betont. Kann dieser Konsens genügend kommunitaristischen Wert in sich bergen, um den internen Zusammenhalt zu sichern?

Diese Fragen können nur dann bejaht werden, wenn Klassisch-Liberale ihre Verteidigung der kulturellen Gemeinschaft, welche die grundlegenden Gesetze und die Moral freiheitlicher Märkte verkörpert, deutlicher artikulieren. Normatives Ideal ist nicht ein *Laissez-faire* ohne qualifizierende Adjektive. Das normative Ideal muss *Reziprozität* einschliessen, die in der Tat erlaubt, zwischen denen, die wirklich «dazugehören» und denen, die nicht dazugehören, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen.

Hayeks Beitrag zum Sieg über die Idee des Sozialismus ist unbestritten. *Hayeks* Nachfolger können auf die Idee des Kommunitarismus eine Erwiderung geben, indem sie sie in einer mit ihrem eigenen Ansatz konsistenten Weise aufgreifen. Eine ausdrückliche öffentliche Anerkennung der kulturellen Ordnung des offenen Marktes kann gleichzeitig individuelle Freiheit sichern, wirtschaftlichen Wohlstand fördern und das Verlangen nach Solidarität befriedigen.

Ausschnitt aus dem einleitenden Beitrag in: Freiheit, Wettbewerb und Wirtschaftsordnung: Hommage zum 100. Geburtstag von Friedrich A. v. Hayek/Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität; Walter-Eucken-Institut, Freiburg. Hrsg. von Viktor Vanberg, Freiburg i. Br.; Berlin, München, Haufe-Verlags-Gruppe, 1999.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 100.– (Ausland Fr. 121.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05